

PRESSEMITTEILUNG

VENRO fordert von G7 mehr Einsatz für globale Steuergerechtigkeit

Berlin, 23. August 2019 – Im Vorfeld des G7-Gipfels appelliert der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) an die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs, den Entwicklungsländern mehr Rechte zur Besteuerung von internationalen Unternehmen einzuräumen.

Die französische Präsidentschaft hat aus gutem Grund die Bekämpfung von Ungleichheit zum Kernthema des diesjährigen Gipfeltreffens gemacht. Die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit wächst innerhalb der Staaten bedrohlich an. Zahlreiche Entwicklungsländer stecken in einer tiefen Schuldenkrise und vielerorts fehlt das Geld für dringende Investitionen in Bildung und Gesundheit.

„Der effektivste Hebel, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren, ist eine global gerechte Steuerpolitik“, erklärt Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO. „Steuerdumping trifft die ärmsten Menschen am härtesten und am Ende verlieren alle.“ Von Bundeskanzlerin Angela Merkel erwartet er, dass sie beim G7-Treffen die Forderung nach einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen offensiv vertritt.

„Weiterhin gilt es, den Regierungen im globalen Süden endlich mehr Möglichkeiten zur Besteuerung von internationalen Unternehmen einzuräumen“, mahnt Bornhorst. Unternehmen müssen dort, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften, besteuert werden können. Die notwendigen Reformen dafür sind auf Augenhöhe mit den Entwicklungsländern auszuhandeln.“

Presseanfragen und Kontakt:

Janna Völker | Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | 030/2639299-23 | j.voelker@venro.org

VENRO (www.venro.org) ist der Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören rund 140 deutsche NRO an, die in der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.